

Zur Erinnerung: Der Staat sind wir!

Der Fall Zogaj und die Bürgergesellschaft

Also gut, ÖVP, die Klubklausur ist vorbei, und die Linie ist gerade gezogen. Partei und Innenminister haben den Argumentationswall der Verteidigung in der Abschiebedebatte mit der Betoniereransage „Der Staat darf sich nicht erpressbar machen“ letztgültig gestärkt. Die Flut., der Betroffenenberichte in den Medien soll damit am hoheitsrechtlichen Gerüst der Gesellschaft branden, dieses aber nicht überwinden. Gesetz ist Gesetz. Das Gesetz ist zu erfüllen. Das Gesetz steht über den Menschen und jedem Einzelfall. Vielleicht kommt irgendwann noch eine Gnadenregelung dazu.

Es ist gut, dass die Klubklausur und der Innenminister so klar in der Ansage sind. Damit kann nun die Debatte eröffnet werden, wie denn Österreich es mit den Grundwerten von Verfassungsstaat, Rechtsstaatlichkeit und Verantwortungsgesellschaft hält.

Bisherige Kommentare konzentrieren sich auf zwei Dinge, die Scheinheiligkeit von Politikern einerseits, und die Achtungsforderungen für Gesetze und deren abschiebende Hüter andererseits. Zwei Überlegungen dazu.

Die erste ist christlich: Wie war es denn, als Jesus von Nazareth sich mit den Gesetzeslehrern, Schriftgelehrten und Innenministern seiner Zeit unterhalten hat? Hat er auch gesagt, Gesetz ist Gesetz, wer den Buchstaben gemäß handelt, ist gerecht, wer das Iota erfüllt, bekommt einen Platz im Himmel? Oder hat er nicht gesagt, ihr sollt für den Nächsten handeln, mit dem Herzen sehen und die Realitäten der Ungerechtigkeit verändern?

Die zweite Überlegung ist staatsbegrifflich: In ihren Programmen spricht die ÖVP schon seit Langem von der Bürgergesellschaft. Dieser entspricht ein dienender Staat oder, rechtlich gesehen, ein subsidiärer Staat, ein Staat also, der sich nicht aufschwingt, eigene Interessen zu verfolgen. Die Bürgergesellschaft regelt ihre Sachen selbst und bedient sich des Staates - nicht umgekehrt.

In der Frage um Asyl und Bleiberecht ist es klar: Von Oberösterreich bis in die Steiermark, von Tirol bis Wien gibt es Bürger/innen, die aktiv an der Integration von Asylanten interessiert sind und sich für ihr Bleiben einsetzen. Da arbeiten vom Bürgermeister bis zur Volksschullehrerin, vom Feuerwehrfreiwilligen bis zum Ministranten, vom Wirtschaftsfunktionär bis zur Klassensprecherin eine Vielzahl von Menschen daran, asylwerbenden Familien ein normales Leben zu ermöglichen, ihnen Unterkunft, Kleider und Arbeit zu geben - sie eben zu integrieren.

Wie kommt da ein Innenminister dazu, angesichts solcher Umstände und ihrer Verteidigung zu erklären, der Staat kann sich nicht erpressbar machen.

Wer ist denn hier der Staat? Etwa ein Zwangsgebilde, das sich über die Bürger/innen erhebt, ihre Mühen annulliert und ihre Verbundenheiten zerstört? Ist der Staat ein distanzierter Kontrollapparat, der den Bürger/innen anordnet, was geht und was nicht geht! auch wenn nicht nur niemand Schaden nimmt, sondern sich recht offensichtlich nahezu alle für die Betroffenen einsetzen? Ist der Staat das abstrakte Gesetz, das über den Menschen steht und sie in tragische Umstände zwingt, weil Recht und Gerechtigkeit auseinandergespreizt werden?

Für die ÖVP steht in dieser Angelegenheit viel mehr auf dem Spiel als neue Ideen zu bringen, Werte zu reklamieren und Zukunft zu gestalten. Hier geht es um die Konkretisierung der alten Idee von einem der Bürgergesellschaft dienenden Staat, um Glaubhaftmachung des Wertes eines menschlichen Zusammenlebens in Frieden und Respekt für das, was sozial wächst. Es geht um die Gestaltung der Gegenwart und das Finden einer würdigen Form im Umgang von Staatsbediensteten mit denen, die sich in die Bürgergesellschaft gut integriert haben, aber die Staatszugehörigkeit noch nicht erwerben konnten.

Am Anfang und am Ende jedoch muss dem Innenminister und anderen klar werden: Der Staat sind nicht sie; der Staat sind wir, die Bürger. Und wir wollen Gesetze, die uns dienen. Gruß aus Frankenburg, Bezirk Vöcklabruck, Österreich. **Quelle:** Standard

Autoren: *Hania M. Fedorowicz und Peter A Brück arbeiten als Kommunikationswissenschaftler in Salzburg. Fedorowicz leitet das Europäische Institut für Gemeinschaftsbasierende Konfliktlösung; Brück forscht an Internet-Technologien und Neuen Medien.